

sogar hinter älteren Darstellungen zurück wie derjenigen von Karl Tschuppik (1928), Joseph Redlich (1928) und Alexander von Spitzmüller (1935). Das liegt nicht nur daran, daß – was einigermaßen legitim ist – nur gedruckte Quellen (z. B. publizierte Briefwechsel) verwendet wurden, sondern es klafft eine empfindliche Lücke zwischen der zitierten und der verwendeten Literatur, auch fehlen wichtige Publikationen mit dem neueren Forschungsstand: z. B. Band III und IV des Handbuchs der Geschichte der böhmischen Länder. Die Forschung ist sich aber darüber einig, daß Böhmen eine Schlüsselstellung für das Verständnis der letzten Jahrzehnte der Donaumonarchie innehatte. Auch die zahlreichen wichtigen Publikationen, die zum hundertjährigen Gedächtnis des österreichisch-ungarischen Ausgleichs von 1867 erschienen sind und in denen die Forschung der Nachfolgestaaten der Monarchie mit wichtigen Beiträgen zu Wort gekommen ist, wurden im Text nicht rezipiert. Leider gilt dies auch für das zwar erwähnte, aber wohl kaum ernsthaft verwendete Standardwerk über die Habsburgermonarchie (1973ff.), das den Verfassungs-, Verwaltungs- und ethnischen Strukturen extensiv nachgeht. Man könnte eine lange Reihe von Versäumnissen anführen, doch mögen Stichproben genügen: Was über den Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstags (S. 96ff.) geschrieben wird, reicht nicht einmal für eine schlichte Sachinformation, geschweige denn, daß es den Forschungsstand reflektiert. Dasselbe gilt für Sachfragen wie die Bauernbefreiung des Jahres 1848, ein zentrales Problem der Revolutionsepoche, zu dem der Vf. lediglich einen längst überholten Aufsatz von Heinrich Friedjung (1919) zitiert. Noch schlimmer steht es um die Ära des Neoabsolutismus, der ersten Epoche, in der Franz Joseph politisch wirklich aktiv wurde. Das einschlägige Buch von Christoph Stölzl taucht zwar im Literaturverzeichnis auf, ist aber wohl kaum verwendet worden. Über die Entwicklung der Nationalismen, die sich schließlich in der Zerreißprobe des Weltkrieges als zentrale Zerstörungskräfte der Monarchie erwiesen und in deren reißenden Katarakten der Kaiser zeitlebens stand und zeitweise wie ein Ertrinkender rudern mußte, erfährt man im allgemeinen nur sehr Vages, obwohl gerade bei diesem Thema Politisches und Biographisches eng verbunden waren und darüber viel und sehr Bedeutsames geschrieben worden ist.

Mit einem Wort: Die Chance einer wirklich notwendigen repräsentativen Biographie wurde weitgehend vertan, jedenfalls was die wissenschaftlichen Ansprüche betrifft. Geglückt ist jedoch ein eher persönliches, ja privates Bild des Kaisers, dessen Vorzüge dabei ebenso in Erscheinung treten wie die allerdings sehr engen Grenzen seiner Persönlichkeit. Pflichterfüllung kann eben leider nicht alles ersetzen, und so gilt nach wie vor Ministerpräsident von Koerber's herbes Diktum über den Kaiser, er habe der Monarchie bei zwei Gelegenheiten geschadet: „Einmal durch seine Jugend und das zweitemal durch sein Alter“.

München

Friedrich Prinz

Saint-Germain 1919. Protokoll des Symposiums am 29. und 30. Mai 1979 in Wien.

Hrsg. von Isabella Ackerl und Rudolf Neck. (Wissenschaftliche Kommission zur Erforschung der Geschichte der Republik Österreich, Bd. 11.) R. Oldenbourg Verlag. München 1989. 504 S.

Diese Publikation einer Tagung ist schon deshalb erfrischend, weil sie nicht nur umstrittene Thesen zu einem in Österreich immer noch „heißen“ Thema bietet, sondern auch die entsprechenden Diskussionen mit abdruckt und durch ein gutes Personen-, Orts- und Sachregister für jeden Leser auch spezielle Fragen erschließbar macht. So etwas kostet Mühe und Arbeit, ist aber auch lohnenswert, weil ohne die Diskussionen jeder Tagungsbericht ein Torso bleibt oder gar langweilig, wenn nicht sogar unverständlich erscheinen muß. Wie sehr Referat und Diskussion zusammengehören, geht schon

aus dem ersten, inhaltsreichen, ja provokant formulierten Beitrag von Hanns Haas über „Österreich und die Alliierten 1918–1919“ hervor, ebenso aus dem knappen, aber wichtigen Anschlußreferat von Gerald Stourzh: „Zur Genese des Anschlußverbots in den Verträgen von Versailles, Saint Germain und Trianon“. Der These von Haas, daß die österreichischen Sozialdemokraten mit ihrem Eintreten für den Anschluß von Deutsch-Österreich an Deutschland keine „systemüberwindenden“ Absichten verfolgten, ist wohl zuzustimmen, ebenso seiner Feststellung, daß die Alliierten durch westliche Hilfe – wirtschaftliche und territoriale Zugeständnisse – die antikommunistische Haltung Österreichs honorierten. Das stimmt ziemlich genau mit den Erkenntnissen überein, die schon 1962 Dagmar Perman aus der Analyse der amerikanischen Konferenzpapiere hinsichtlich der Entstehung der Tschechoslowakei gewonnen hatte; nämlich, daß die Tschechen nur deshalb so günstige Startbedingungen und Grenzen erhielten, weil die Westmächte in Deutschland und Österreich eine bolschewistische Revolution fürchteten und der neue Staat, die ČSR, ein nützliches Glied im neuen „cordon sanitaire“ gegen die Sowjetunion sein sollte. Daß der Fall Tschechoslowakei nicht nur eine Parallele darstellt, zeigt der gehaltvolle Beitrag von Walter Hummelberger über „Die niederösterreichisch-tschechoslowakische Grenzfrage 1918/19“, aus dem der expansive Charakter der tschechoslowakischen Grenzpolitik, eine Folge der neuen weltpolitischen Rolle der ČSR, sehr klar hervorgeht.

Um Grenzfragen geht es auch in dem lesenswerten Artikel von Arnold Suppan über die jugoslawischen Grenzsicherungsvorschläge gegenüber Österreich im Herbst und Winter 1918/19. Die eher sachbezogenen Vorschläge der Kärntner Landesregierung, etwa die mit Recht hervorgehobene Denkschrift vom 15. Dezember 1918, konnten sich gegenüber den national engagierten Plänen der jugoslawischen Seite schon deshalb nicht durchsetzen, da die für Österreich denkbar ungünstigen Demarkationslinien vom Februar 1919 bereits eine Vorentscheidung darstellten; womit auch hier – wie im Falle der tschechoslowakischen Grenzziehung auf Kosten der Deutschen – keine Rücksicht auf das einst feierlich proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker genommen worden ist.

Den militärischen Aspekten der Entstehung der Republik Österreich, vor allem der politisch-ideologischen Orientierung des neuen Volksheeres und der Koordination mit Berlin, sind die zwei Beiträge von Erwin Steinböck und Peter Brucek gewidmet. Das Problem der Lebensfähigkeit der jungen Republik behandelt Norbert Schausberger; allerdings sind Bedenken gegen seine Hypothese am Platze, die Österreicher hätten sich „gegen alle Realität“ die „Legende von der Lebensunfähigkeit des neuen Staates einreden lassen“, eine interessante Behauptung, die aber einer sehr gründlichen Beweisführung bedürfte. Die lebhafteste Diskussion zu diesem Vortrag zeigt zur Genüge, daß dieses Problem seinen „Sitz im Leben“ hat. Andere Beiträge, die nicht zur Thematik der ZfO gehören, seien wenigstens genannt: Karl Stuhlpfarrer: Südtirol 1919; Erich Bielka: Die Volksabstimmung in Tirol 1921 und ihre Vorgeschichte; ders.: Salzburger Volksabstimmung 1921 ... auch manipuliert?; Rudolf Neck: Kulturelle Bestimmungen des Staatsvertrages von Saint Germain 1919.

Insgesamt also eine äußerst gehaltvolle und daher lesenswerte Publikation, die auch in den meist kompetenten Diskussionsbeiträgen eine Fülle zusätzlicher Fragen und Erkenntnisse erbrachte.

München

Friedrich Prinz